

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

53. Sitzung (nicht öffentlich)

18. August 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Sitzung des Ausschusses am 15. August d. J. in Herne stattfinden zu lassen, kann aufgrund von Terminschwierigkeiten bei der CDU-Fraktion nicht gefolgt werden.

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Nachtragshaushaltsgesetz 1994)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7300

Im Anschluß an Erläuterungen des Staatssekretärs auch zu der inzwischen vom Kabinett verabschiedeten, dem Landtag aber noch nicht vorliegenden Ergänzung des Nachtragshaushaltes diskutieren die Abgeordneten unter den Stichworten "Benzin- und Telefonkosten im Polizeibereich", "Anstieg der Ausgaben für Asylbewerber/innen" und "Ausschlußfrist für Erstattungen".

Sodann wird das Nachtragshaushaltsgesetz mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Vertreterin der F.D.P.-Fraktion und in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebilligt. Zum Berichterstatter wird der Abgeordnete Frechen (SPD) bestimmt.

- 2 Gesetz zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes
(AG AsylbLG)
Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes
Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes**

4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7319

Der Ausschuß verständigt sich darauf, in seiner Sitzung am 15. September ein Fachgespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände unter Hinzuziehung von Praktikern aus den Kommunen zu führen.

3 Gesetz zur sprachlichen Angleichung des Polizeiorganisationsgesetzes

4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7113

Der Gesetzentwurf wird vom Ausschuß einstimmig gebilligt.

4 11. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 01. Januar 1991 bis zum 31. Dezember 1992

4

Vorlage 11/2027

in Verbindung damit

Stellungnahme der Landesregierung zum 11. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 01. Januar 1991 bis zum 31. Dezember 1992

Drucksachen 11/6876 (Neudruck) und 11/6932

und

3. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörden

Drucksache 11/6877

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz nimmt zu Fragen unter folgenden Stichworten Stellung: "Verhältnis Justizminister-Datenschutzbeauftragter", "Umfang des Berichts", "Komplexität der Vorschriften", "Ein Zuviel oder Zuwenig an Vorschriften", "Datenschutzgesetzgebung in der EU", "Opferschutz-Täterschutz", "Löschen von Daten", "Beachtung des Datenschutzes in den Kommunen" und "Auslegung des Wählerverzeichnisses".

Der Ausschuß nimmt dann den Bericht zur Kenntnis.

**5 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes
Nordrhein-Westfalen ("Öffentliche Ordnung")**

8

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6990
Vorlage 11/3056

Der Ausschuß lehnt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Abgeordneten der F.D.P.-Fraktion in Abwesenheit des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Zum Berichterstatter wird Abgeordneter Meyers (CDU) bestimmt.

**6 Effizienzsteigerung bei der Kriminalitätsbekämpfung durch
Vorbeugung und bessere Zusammenarbeit**

9

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/6996
Vorlage 11/3055

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion wird mit den Stimmen von
SPD und CDU gegen die Stimmen von F.D.P. und GRÜ-
NEN abgelehnt.

**7 Kein Zurückweichen vor Straftätern - Mißbrauch des
Demonstrationsrechts konsequent bekämpfen**

11

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6233
Vorlage 11/2849 und 11/3065

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stim-
men der Fraktionen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Zum Berichterstatter wird der Abgeordnete Jentsch (SPD)
berufen.

8 Neugliederung des Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen 11

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/6366
Vorlagen 11/2844, 11/2763 und 11/3116
Zuschrift 11/3084

Auf Vorschlag der F.D.P.-Fraktion als Antragstellerin wird
der Antrag für erledigt erklärt.

**9 Den Teufelskreis durchbrechen - für eine neue Drogenpolitik
in Nordrhein-Westfalen 12**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3799
Vorlage 11/2053

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD,
CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

**10 Ausländischen Ehegattinnen und -gatten muß ein eigenständiges
Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik gewährt werden! 12**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/6584
Vorlage 11/3085

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und F.D.P. bei
Enthaltung der Fraktionen von CDU und BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN billigt der Ausschuß die Empfehlung des Ausschusses für Frauenpolitik - Vorlage 11/3085 -, die Aktivitäten der Landesregierung im Bundesrat zu unterstützen.

Sodann wird der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Zur Berichterstatterin wird die Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) bestimmt.

11 Abschiebeschutz für türkische Kurden (s. Anlage 1)

13

Bericht des Innenministers

**12 Kostenerstattung für Maßnahmen des Polizeivollzugsdienstes
(s. Anlage 2)**

14

Vorlage 11/3123

Bericht des Innenministers

13 Bleiberechtsregelungen für bestimmte Gruppen von Ausländern
(s. Anlage 3)

15

Vorlage 11/3127

Da der schriftliche Bericht des Innenministers erst am 10.08. bei den Abgeordneten eingegangen ist, wird Einvernehmen erzielt, den Punkt heute nicht zu behandeln und wieder aufzugreifen, falls Nachfragebedarf besteht.

14 Ereignisse in der Polizeischule Linnich (s. Anlage 4)

15

Bericht des Innenministers

**2 Gesetz zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AG AsylbLG)
 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes
 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7319

(Kein Diskussionsprotokoll)

**3 Gesetz zur sprachlichen Angleichung des Polizeiorganisations-
 gesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7113

(Kein Diskussionsprotokoll)

**4 11. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den
 Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 01. Januar 1991
 bis zum 31. Dezember 1992**

Vorlage 11/2027

in Verbindung damit

**Stellungnahme der Landesregierung zum 11. Tätigkeitsbericht
des Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen
für die Zeit vom 01. Januar 1991 bis zum 31. Dezember 1992**

Drucksachen 11/6876 (Neudruck) und 11/6932